

Was bringen die Koalitions- vereinbarungen?

(Seite 2 bis 15)

Was bringen die Koalitions- vereinbarungen den neuen Bundesländern?

(Seite 16 bis 24)

Was bringen die Koalitionsvereinbarungen?

	Seite
Deutsche Einheit solide finanziert	3
Niemand wird überfordert	4
Aufschwung und neue Arbeitsplätze auch 1991	5
Familien erheblich bessergestellt	6
Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen verbessert	7
Vier weitere Jahre Fortschritt im Umweltschutz	8
Mittelstand gestärkt	9
Die Renten sind und bleiben sicher	11
Mehr Wohnungen, besserer Mieterschutz	12
CDU an der Seite der Landwirte	13
Dem organisierten Verbrechen geht es an den Kragen	14

Deutsche Einheit solide finanziert

Mit den Koalitionsvereinbarungen ist der Grundstein für die Bewältigung der großen Aufgaben im geeinten Deutschland gelegt. Die Finanzierung der Investitionen in die gemeinsame Zukunft aller Deutschen ist gesichert. Wir haben Wort gehalten: Durch Einsparungen, Umschichtungen und Einnahmeverbesserungen werden wir 1991 ein Finanzierungsvolumen von 35 Milliarden DM erreichen.

Die Beschlüsse im einzelnen:

- Die Zahl der Soldaten im vereinten Deutschland verringert sich bis 1994 von 600.000 auf 370.000; auch deshalb betrifft die größte Einsparung den Verteidigungsbereich: Schon 1991 werden 7,6 Milliarden DM eingespart.
- Die Berlin- und Zonenrandförderung wird schrittweise bis 1994 abgebaut, 1991 ergeben sich hier Einsparungen von 1,2 Milliarden DM (ansteigend auf 6 Milliarden DM bis 1994).
- Im Bereich der Sozialversicherungen wird der Bundeshaushalt um rund 20 Milliarden DM entlastet. Dazu soll der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte, also von 4,3 auf 6,3 Prozent, angehoben werden; für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1991 ist eine zusätzliche Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte vorgesehen, die einen Ausgleich für das erste Vierteljahr darstellt. Die Hälfte der Beitragserhöhung zahlt der Arbeitgeber.
- Die Bundesanstalt für Arbeit wird 2,3 Milliarden DM einsparen.
- Weitere 500 Millionen DM soll die Privatisierung von Bundesunternehmen bringen; 1992 wird mit 2 Milliarden DM gerechnet.
- Die Deutsche Bundespost wird in den Jahren 1991 bis 1994 zusätzlich 2 Milliarden DM jährlich an den Bund abführen.
- Ferner werden längst geplante Investitionsmittel in Höhe von 2,3 Milliarden DM (ansteigend auf 3 Milliarden DM 1994) in die neuen Bundesländer umgelenkt. Diese Umlenkungen betreffen den Straßen- und Schienenbau sowie den Städte- und Wohnungsbau.
- In den kommenden Jahren werden Steuervergünstigungen, steuerliche Sonderregelungen und Finanzhilfen in Höhe von mindestens 6,5 Milliarden DM abgebaut.

Investitionen in die Einheit sind Investitionen in unsere Zukunft

Niemand wird überfordert

40 Jahre sozialistische Mißwirtschaft im Osten Deutschlands haben heute ihren Preis. Trotz der erheblichen Anstrengungen, die zum Aufbau der neuen Bundesländer erforderlich sind, wird aber niemand durch die Koalitionsvereinbarungen überfordert.

Es geht nicht um einschneidende Opfer, sondern darum, einen Teil des Gewinns aus dem wirtschaftlichen Aufschwung im Westen Deutschlands mit den Menschen im Osten solidarisch zu teilen. Dieser Aufschwung bringt allein 1991 zusätzliche Steuereinnahmen von rund 10 Milliarden DM.

Die Finanzierung der Investitionen in die gemeinsame Zukunft aller Deutschen ist abgesichert; die Steuern werden dazu nicht erhöht. Wir haben Wort gehalten.

Für den **Durchschnittsverdiener** (rund 3.300 DM pro Monat) ergibt sich eine monatliche Mehrbelastung von rund 20 DM. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

● Rund 16 DM durch die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird um 2 Prozentpunkte, also von 4,3 auf 6,3 Prozent, angehoben; für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1991 ist eine zusätzliche Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte vorgesehen, die einen Ausgleich für das erste Vierteljahr darstellt. Die Hälfte der Beitragserhöhung zahlt der Arbeitgeber.

Weil parallel dazu der Beitrag zur Rentenversicherung um einen Prozentpunkt, also von 18,7 auf 17,7 Prozent, gesenkt wird, ergibt sich für die Arbeitnehmer keine unzumutbare Belastung. Die monatliche Mehrbelastung eines Durchschnittsverdieners mit 3300 DM im Monat liegt ab 1992 bei rund 16 DM (für die 9 Monate im Jahr 1991: rund 24 DM monatlich).

Wichtig: Die Absenkung des Beitrages zur Rentenversicherung gefährdet die Renten nicht, denn die Rentenkassen sind gut gefüllt. Die Renten sind und bleiben sicher.

● Rund 4 DM durch höhere Telefonkosten

In den nächsten 4 Jahren wird die Bundespost zusätzlich 2 Mrd. DM an den Bund abführen. Dies soll dadurch erreicht werden, daß die Gebühreneinheit

um 2 Pfennig angehoben und der Zeittakt für Ortsgespräche auf 5 Minuten verkürzt wird. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Bundespost bereits Mitte 1988 beschlossen hat, diesen Zeittakt zum 1. April 1991 von 8 auf 6 Minuten zu verkürzen und gleichzeitig Ferngespräche zu verbilligen. Die allgemeine Grundgebühr und die Vergünstigungen für sozial Schwächere bleiben erhalten. Der Durchschnittshaushalt (mit monatlich etwa 70 DM Telefonkosten) wird etwa 4 DM im Monat mehr aufzubringen haben.

Die Einheit wird sozial ausgewogen finanziert



Aufschwung und neue Arbeitsplätze auch 1991

Wir stehen in den nächsten vier Jahren vor der Aufgabe, die Folgen 40jähriger sozialistischer Mißwirtschaft zu beseitigen und gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen.

Dafür sind wir gut gerüstet. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich in glänzender Verfassung:

Mehr Wachstum

- 1990 gab es ein Wachstum von real 4,6 Prozent — das beste Ergebnis seit 14 Jahren.

Mehr Arbeitsplätze

- 1990 wurden 775.000 neue Arbeitsplätze geschaffen — so viele wie seit den 50er Jahren nicht mehr; seit 1983 sind es sogar über 2,5 Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen ging um 155.000 zurück.

Steigende Investitionen und Einkommen

- 1990 stiegen die Investitionen um 8,2 Prozent, der private Verbrauch um 4,4 Prozent und die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer um 7,5 Prozent.

Wachstumsschub durch deutsche Einheit

Die Experten sagen voraus, daß auch 1991 die Konjunkturlokomotive in Schwung bleibt: Für Westdeutschland erwarten sie ein Wachstum von real 3,5 Prozent und 600.000 neue Arbeitsplätze. In Ostdeutschland soll die Talsohle im Laufe des Jahres durchschritten werden.

Fortsetzung der Steuerreform schafft Arbeitsplätze

Die CDU setzt weiter auf die Förderung von Eigeninitiative, Selbständigkeit und Unternehmungsgeist. Wir haben in den Koalitionsvereinbarungen durchgesetzt, daß die Steuerreform spätestens 1995 fortgeführt wird. Das erhöht die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und sichert und schafft Arbeitsplätze.

In den neuen Bundesländern wird zur besonderen Förderung von Investitionen und Arbeitsplätzen bereits 1991 auf die Erhebung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer verzichtet. Zusätzlich wird bei der Lohn- und Einkommensteuer ein besonderer Freibetrag von 600 DM für Ledige bzw. 1.200 DM für Verheiratete eingeführt.

***Mit uns: Mehr Wachstum
Mehr Wohlstand
Mehr Arbeitsplätze***



Familien erheblich bessergestellt

Die Situation von Familien mit Kindern wird in den nächsten vier Jahren erneut erheblich verbessert — und das trotz der gegenwärtig hohen Anforderungen an den Staatshaushalt. Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft, in der Eltern ihre Kinder möglichst ohne wesentliche berufliche und finanzielle Nachteile großziehen können.

Das hat die CDU in den Koalitionsvereinbarungen durchgesetzt:

- Der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie wird ab 1. Januar 1992 auf drei Jahre ausgeweitet.

- Das Erziehungsgeld von monatlich 600 DM wird künftig für alle Kinder, die nach dem 31. Dezember 1992 geboren werden, bis zu zwei Jahre lang gezahlt.
- Ab 1. Januar 1992 wird das Kindergeld für das erste Kind von 50 DM auf 70 DM monatlich erhöht.
- Ab 1994 können Kinderbetreuungskosten bis zu 18.000 DM jährlich steuerlich abgesetzt werden.
- Im Verlauf der nächsten vier Jahre werden wir den Familienlastenausgleich weiter verbessern.
- Zur Pflege kranker Kinder können künftig berufstätige Eltern jeweils bis zu 10 statt bisher 5 Tage von der Arbeit freigestellt werden, Alleinerziehende sogar 20 Tage. Dabei wird die Altersgrenze des Kindes, bis zu der ein solcher Anspruch besteht, von 8 auf 12 Jahre heraufgesetzt.
- Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahren soll bundesweit durchgesetzt werden.

Familien mit Kindern: Mittelpunkt unserer Politik



Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen verbessert

Das Ziel der CDU in der Frauenpolitik ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jede Frau muß, wenn sie es wünscht, in der Lage sein, ihre Familienpflichten mit einer Berufstätigkeit zu verbinden. Wir unterstützen den Wunsch der Frauen nach gleichberechtigter Teilhabe und Mitgestaltung in allen Lebenslagen.

Die Koalitionsvereinbarungen bringen den Frauen erhebliche Verbesserungen.

Das hat die CDU für die Frauen erreicht:

- Jede berufstätige Frau kann ab 1. Januar 1992 bei der Geburt eines Kindes einen dreijährigen Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Nach dieser Zeit kann sie in das Berufsleben zurückkehren; es gibt eine Beschäftigungsgarantie.

- Das Erziehungsgeld von monatlich 600 DM wird künftig für alle Kinder, die nach dem 31. Dezember 1992 geboren werden, bis zu zwei Jahre lang gezahlt.
- Ab 1994 können Kinderbetreuungskosten bis zu 18.000 DM jährlich steuerlich abgesetzt werden.
- Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahren soll bundesweit durchgesetzt werden.
- Um Frauen nach einer längeren Familienphase den Wiedereinstieg in den Beruf auch künftig zu erleichtern, wird das Sonderprogramm „Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase“ verlängert; ein spezielles Sonderprogramm gibt es für Frauen in Pflegeberufen.
- Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird weiter verbessert. Wir wollen die Frauenförderung und die Kompetenzen der Frauenbeauftragten in den Bundesbehörden gesetzlich regeln und die Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst verbessern.

Diese Maßnahmen erleichtern es den Frauen, ihr Leben nach den eigenen Wünschen zu gestalten.

Die CDU: Partei für die Frauen



Vier weitere Jahre Fortschritt im Umweltschutz

Die kommenden vier Jahre werden Jahre des umweltpolitischen Fortschritts sein. Wir werden unsere Spitzenstellung in der Welt noch weiter ausbauen. Der Klimaschutz und die Abfallbekämpfung werden verstärkt, Altlasten saniert, Pflanzen und Tiere noch besser geschützt.

Vorreiter im Kampf gegen den Treibhauseffekt

- Die CDU hat eine Kohlendioxid-Abgabe durchgesetzt, die dazu beitragen soll, den Kohlendioxid-Ausstoß um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahr 2005 zu verringern. Die Einnahmen werden ausschließlich für Maßnahmen zum Klimaschutz verwendet.

- Der Verkehr wird umwelt- und klimaverträglicher organisiert. Investitionen in Bahn und Bus bilden dabei einen Schwerpunkt.
- Die Kfz-Steuer richtet sich in Zukunft nicht mehr nach dem Hubraum, sondern nach dem Schadstoffausstoß, insbesondere auch dem Kohlendioxid-Ausstoß. Mit strengen Vorschriften soll der Benzinverbrauch der Fahrzeuge gesenkt werden.

Gegen den Abfallberg

- Das Abfallgesetz wird rigoros verschärft: z.B. sind vermehrte Rückgabe- und Pfandpflichten und schärfere Auflagen für Produzenten vorgesehen. Abfallvermeidung wird künftig gesetzlichen Vorrang haben, genauso wie Recycling vor der Verbrennung.

Besserer Schutz für Pflanzen und Tiere

- Das Bundesnaturschutzgesetz wird verbessert, um Pflanzen und Tiere noch stärker zu schützen.
- Landschaftspflegerische Leistungen der Bauern sollen besser honoriert werden.
- Der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen wird in umweltsensiblen Bereichen, wie z. B. bei Treib- und Schmierstoffen, vorgeschrieben.

Altlastensanierung in Gang gesetzt

- Die Altlastensanierung soll — vorrangig in den neuen Bundesländern — von Staat und Wirtschaft durch eine „Solidaritätsaktion ökologischer Aufbau“ in Angriff genommen werden. Um die Menge giftiger Abfälle zu verringern, werden wir eine Deponie-Abgabe für Sondermüll einführen.

Beim Umweltschutz bleiben wir Vorreiter



Mittelstand gestärkt

Das Beste, was wir für neue Arbeitsplätze tun können, ist die Förderung von Eigeninitiative, Selbständigkeit und Unternehmungsgeist. Wir setzen deshalb auch in den nächsten vier Jahren auf einen starken Mittelstand.

Das hat die CDU in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt:

- Eine Fortsetzung der Steuerreform spätestens zu Beginn 1995 soll die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland erhöhen, Arbeitsplätze sichern und schaffen und Benachteiligungen des Mittelstandes abbauen. In den neuen Bundesländern werden bereits 1991 die ertragsunabhängigen Steuern abgeschafft und Erleichterungen bei der Gewerbeertragsteuer vorgenommen.
- Die zur Sicherung des Mittelstandes wichtige Existenzgründungsförderung, wie etwa das Eigenkapitalhilfeprogramm und die Ansparförderung, wird fortgesetzt.
- Bei der Regionalförderung werden künftig kleine und mittlere Unternehmen verstärkt berücksichtigt.
- Die Förderung von Berufsbildungs- und Technologiezentren sowie die überbetriebliche Lehrlingsausbildung und das Beratungswesen im Handwerk werden fortgesetzt und verstärkt.
- Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir stärker an den EG-Forschungs- und Entwicklungsprogrammen sowie an öffentlichen Aufträgen im Dienstleistungsbereich beteiligen.
- Der Abbau von bürokratischen Hemmnissen sowie die Privatisierung bundeseigener Unternehmen und Beteiligungen wird konsequent fortgesetzt. Die Kommunen werden aufgefordert, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren und so dem Mittelstand weitere Chancen zu eröffnen.
- Bis Ende 1992 wird entschieden, ob die öffentliche Arbeitsvermittlung durch eine gewerbsmäßige private Arbeitsvermittlung ergänzt werden kann.
- Um den Arbeitsmarkt übersichtlicher zu machen, wollen wir Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsmarktstatistik vorlegen. Die Mißbrauchsmöglichkeiten bei Arbeitslosigkeit werden wir stärker bekämpfen.
- Kleineren Unternehmen wird bis 1993 der Einstieg in die Aktiengesellschaft erleichtert.

CDU: Garant für einen starken Mittelstand

Die Renten sind und bleiben sicher

Die CDU ist der Garant für sichere Renten. Die vorgesehene Senkung des Beitrags zur Rentenversicherung um einen Prozentpunkt gefährdet die Renten nicht. Sie sind und bleiben sicher.

Der Wirtschaftsaufschwung und über 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze seit 1983 haben die Rentenkassen gut gefüllt. Heute haben wir mit 33 Milliarden DM das höchste Finanzpolster seit 14 Jahren in der Rentenkasse; das ist zweieinhalb mal soviel wie gesetzlich vorgeschrieben.

Die Veränderung des Beitragssatzes hat keinen Einfluß auf die Höhe der Rente. Jeder Rentner kann sich darauf verlassen: Die Renten werden Monat für Monat pünktlich bezahlt; sie steigen jedes Jahr weiter wie die Löhne. Zum 1. Juli 1991 werden sie um rund 5,1 Prozent erhöht; das ist der höchste Anstieg seit neun Jahren. Der Rentenversicherung wird keine Mark, die die Beitragszahler bezahlt haben, weggenommen.

Mit der Rentenreform haben wir die Renten fit für die Zukunft gemacht. Ab 1992 werden erstmals Pflegezeiten im Rentenrecht berücksichtigt und statt bisher einem Erziehungsjahr werden für Kinder, die ab 1992 geboren werden, drei Jahre bei der Rente anerkannt.

Wichtig: Die CDU hat in den Koalitionsvereinbarungen durchgesetzt, daß die Knappschaft — die Rentenversicherung der Bergleute — weiter selbständig bleibt. Damit ist langfristig die Handlungsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung garantiert.

CDU: Garant für sichere Renten

Mehr Wohnungen, besserer Mieterschutz

Eine ausreichende und kostengünstige Wohnungsversorgung ist eine Voraussetzung für den sozialen Frieden und deshalb Ziel unserer Wohnungspolitik. In den nächsten vier Jahren werden wir neue Wohnungen schaffen, den Mieterschutz stärken und die Wohneigentumsförderung verbessern.

Mehr Wohnungen

- Allein für den sozialen Wohnungsbau werden bis einschließlich 1993 mehr als 8 Milliarden DM an Bundesmitteln bereitgestellt. Daneben gibt es Steuererleichterungen, Bausparhilfen und mehr Geld für Studentenwohnungen.
- Neues Bauland wird erschlossen. Unter anderem werden durch Truppenabbau frei werdende Grundstücke und Gebäude vorrangig für den allgemeinen und studentischen Wohnungsbau genutzt.
- Alle Bundesländer werden verpflichtet, die Fehlbelegungsabgabe von denjenigen zu erheben, die in einer Sozialwohnung leben, obwohl ihre Einkommen dafür zu hoch sind. Die daraus erzielten Mittel werden für den Bau weiterer Sozialwohnungen verwendet.

Mieterschutz gestärkt

- In Gebieten, in denen die Mieten besonders hoch sind, wird der Mietanstieg weiter begrenzt. Für alle Wohnungen, die vor 1981 fertiggestellt worden sind, gilt: Wenn die Miete höher ist als die höchstzulässige Sozialmiete, dann darf sie innerhalb von drei Jahren nur um maximal 20 Prozent (statt bisher 30 Prozent) steigen. Dabei darf jedoch die ortsübliche Vergleichsmiete nicht überschritten werden. Diese Regelung ist auf 5 Jahre begrenzt.
- Der Mietwucher wird noch konsequenter bekämpft. Die Miete bei Neuvermietung darf grundsätzlich höchstens um 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.
- Die Maklerprovision wird auf höchstens zwei Monatsmieten begrenzt.

Wohneigentumsförderung verbessert

- Wer ein Haus baut oder eine Wohnung kauft, kann ab sofort acht Jahre lang jährlich bis zu 16.500 DM von der Steuer absetzen. Das Baukindergeld wird von 750 auf 1000 DM erhöht.

- Die Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Fördermittel im sozialen Wohnungsbau werden angehoben, so daß mehr Eigenheimbauer mit niedrigem Einkommen gefördert werden.

CDU: Wir schaffen neue Wohnungen und schützen die Mieter



CDU an der Seite der Landwirte

Die Landwirte können sich auch in den nächsten vier Jahren auf die CDU verlassen. Wir helfen ihnen beim Strukturwandel. Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit einer möglichst großen Zahl bäuerlicher Betriebe zu sichern.

In den Koalitionsvereinbarungen hat die CDU folgendes durchgesetzt:

Einkommenshilfen bleiben erhalten

- Nach wie vor werden die Landwirte mit Einkommenshilfen unterstützt. So können sie ihre Aufgaben als Nahrungsmittelproduzent, umweltverträglicher Rohstofflieferant und Pfleger der Kulturlandschaft wahrnehmen.
- Bisherige Hilfen im Rahmen der Umsatzsteuerregelung und der Flächenbeihilfe bleiben erhalten. Sie werden EG- und GATT-konform ausgestaltet.
- Wir setzen uns in der EG dafür ein, daß währungsbedingte Nachteile weiterhin ausgeglichen werden.
- Wir wollen die Agrarsozialpolitik umfassend reformieren, um die soziale Sicherheit zu verbessern.
- Einkommenseinbußen als Ergebnis eines GATT-Abkommens müssen ausgeglichen werden. Dazu werden wir auch nationale Mittel bereitstellen.
- Landpflegerische Leistungen werden besser honoriert.
- In das Bundesnaturschutzgesetz wird eine Ausgleichsregelung für Nutzungsbeschränkungen aufgenommen.

Überschußproduktion weiter zurückführen

- Wir setzen uns dafür ein, daß alle EG-Mitgliedstaaten einen gleichwertigen Beitrag zur Marktentlastung leisten. Nur so läßt sich der überschußbedingte Preisdruck verringern.
- Die nachwachsenden Rohstoffe, die mittel- bis langfristig neue Einkommensquellen erschließen, werden verstärkt gefördert. Ihr Einsatz soll in umweltsensiblen Bereichen, wie z. B. Treib- und Schmierstoffen, vorgeschrieben werden.
- Auch über 1992 hinaus ist die Quotenregelung zur Stabilisierung des Milchmarktes unverzichtbar. Sie wird aber noch flexibler ausgestaltet. Die Mitverantwortungsabgabe für Milch soll so schnell wie möglich abgeschafft werden.

Die CDU läßt die Landwirte nicht im Stich



Dem organisierten Verbrechen geht es an den Kragen

Das organisierte Verbrechen ist zu einer Herausforderung für Staat und Gesellschaft geworden. Sein Schwerpunkt ist die Rauschgiftkriminalität. **Die CDU ist entschlossen, dieser Bedrohung unserer Sicherheit entschieden entgegenzutreten.**

In den Koalitionsverhandlungen wurden weitreichende Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität, insbesondere die Rauschgiftkriminalität vereinbart, die

- die Kriminellen dort packen, wo es sie am empfindlichsten trifft: am Geldbeutel, und
- die Ermittlungs- und Aufklärungsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden verbessern.

Im international organisierten Rauschgifthandel werden Milliarden verdient. Dem Drogenhandel muß deshalb der wirtschaftliche Anreiz und die finanzielle Basis entzogen werden. **Wer mit Drogen handelt, soll künftig nicht**

nur mit Gefängnis bestraft werden; das Vermögen der Dealer soll vom Staat eingezogen werden. Auch das „Waschen“ von Geld, das im Drogenhandel verdient wurde, soll unter Strafe gestellt werden. Drogenhandel darf sich nicht mehr lohnen.

Die herkömmlichen Ermittlungs- und Aufklärungsmöglichkeiten reichen im Hinblick auf die besonderen Strukturen der organisierten Kriminalität und die fortschreitende Professionalisierung der Straftäter nicht aus. Sie werden durch eine gesetzliche Regelung über den Einsatz verdeckter Ermittler sowie über die Rasterfahndung verbessert. Dadurch soll es den Strafverfolgungsbehörden vor allem ermöglicht werden, in den Kernbereich der kriminellen Organisationen einzudringen und an die Drahtzieher und Hintermänner heranzukommen.

Damit schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen, damit das organisierte Verbrechen künftig besser und wirksamer als bisher bekämpft werden kann. Die CDU wird darauf drängen, daß die vereinbarten Maßnahmen zügig umgesetzt werden und möglichst rasch in Kraft treten.

Was bringen die Koalitionsvereinbarungen den neuen Bundesländern?

	Seite
Weichen für eine gute Zukunft gestellt	17
Die Weichen sind gestellt:	
Wirtschaftliche Talsohle wird 1991 durchschritten	19
Erhebliche Verbesserungen für Frauen und Familien	21
CDU: Garant für sichere und steigende Renten	22
Bessere Wohnungen, umfassender Mieterschutz	23

Weichen für eine gute Zukunft gestellt

Mit den Koalitionsvereinbarungen ist der Grundstein für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben gelegt. Unserem Ziel, einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen, sind wir ein großes Stück näher gekommen. Wir haben durchgesetzt, daß die Menschen im Westen Deutschlands mit einem Teil des Gewinns aus dem wirtschaftlichen Aufschwung dort zum Aufbau unserer Länder beitragen. Die Koalitionsvereinbarungen enthalten ein umfangreiches Maßnahmenbündel, das uns hilft, unsere Zukunft eigenverantwortlich zu gestalten.

Das hat die CDU u.a. durchgesetzt:

Wirtschaft wird gefördert, Arbeitsplätze werden geschaffen

- Um Investitionen noch stärker zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, werden die Steuern bei uns gesenkt: Gewerbekapital- und Vermögensteuer werden nicht erhoben; zusätzlich wird bei der Lohn- und Einkommensteuer ein besonderer Freibetrag von 600 DM für Ledige bzw. 1.200 DM für Verheiratete eingeführt.
- 1991 werden Investitionsmittel in Höhe von 2,3 Milliarden DM (ansteigend auf 3 Milliarden DM 1994) in unsere Länder umgelenkt; sie kommen z.B. dem Straßen- und Schienenbau zugute.
- Existenzgründer erhalten zusätzliche Hilfen: beim Schuldendienst und durch günstige Kreditkonditionen.
- Die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer werden ausgebaut. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden allein 1991 2,7 Milliarden DM bereitgestellt.

Familien mit Kindern werden gestärkt

- 1992 wird das Kindergeld für das erste Kind auf 70 DM monatlich erhöht; bereits 1991 werden bei uns 65 DM bezahlt — das sind 15 DM mehr als in Westdeutschland. Der Kinderfreibetrag wird deutlich angehoben.
- Der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie wird 1992 auf 3 Jahre verlängert.
- Das Erziehungsgeld von monatlich 600 DM wird für alle Kinder, die nach dem 31. Dezember 1992 geboren werden, bis zu 2 Jahre lang gezahlt.
- Zur Pflege kranker Kinder können künftig berufstätige Eltern jeweils bis zu 10 statt bisher 5 Tage von der Arbeit freigestellt werden, Alleinerziehende sogar 20 Tage.

- Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahre soll bundesweit durchgesetzt werden.

Umweltschutz wird vorangetrieben

- Wir führen eine Kohlendioxid-Abgabe ein, damit die Luft sauberer und das Klima geschützt wird.
- Die Altlastensanierung soll von Staat und Wirtschaft durch eine „Solidaritätsaktion ökologischer Aufbau“ in Angriff genommen werden.
- Wer als Eigentümer eines selbstgenutzten Ein- oder Zweifamilienhauses eine umweltfreundliche Heizungs- und Warmwasseranlage einbaut, kann damit Steuern sparen.

- Bereits der Einigungsvertrag sieht ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Förderung der Wirtschaft vor. Insgesamt werden bis Ende 1993 rund 50 Milliarden DM bereitgestellt.
- Für die rasche Verbesserung vor allem des Telefonnetzes werden bis 1997 rund 55 Milliarden DM investiert; allein 1991 sind es 6,9 Milliarden DM — 500.000 Telefonanschlüsse werden geschaffen.
- Jedes zweite westdeutsche Unternehmen plant Investitionen für 1991; insgesamt sollen rund 22 Milliarden DM investiert werden.
- Das landwirtschaftliche Privateigentum ist wieder verfügbar. Für Landwirte, die sich selbständig machen wollen, wird eine Starthilfe von bis zu 23.500 DM gewährt. Für die Umstrukturierung werden zinsverbilligte Darlehen bereitgestellt, ebenso Investitionshilfen für neue privatwirtschaftliche Formen bis zu 2,5 Millionen DM.
- Das Mietrecht bietet Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen und willkürlichen Kündigungen: Die Kündigung zum Zweck der Mieterhöhung ist ausgeschlossen; der Übergang der Wohnung auf einen neuen Eigentümer ist ebenfalls kein Kündigungsgrund. Der Einigungsvertrag sieht einen zusätzlichen Kündigungsschutz vor: Kündigungen wegen Eigenbedarf des Vermieters sind grundsätzlich erst ab 1993 zulässig. Die Kündigung wegen besserer wirtschaftlicher Verwertung ist ausgeschlossen.
- Rentner haben Anspruch auf Sicherheit und Geborgenheit im Alter. Deshalb haben wir die Renten zum 1. Januar um 15 Prozent angehoben; im Juli steigen sie nochmals.

Bessere Wohnungen, mehr Wohngeld

- 1991 werden allein für den sozialen Wohnungsbau 2,3 Milliarden DM bereitgestellt; ein großer Teil davon ist für die Rekonstruktion der Wohnungen bei uns vorgesehen.
- Die Mittel für den Erhalt und die Verschönerung der Städte und Dörfer von bisher 660 Millionen DM im Jahr werden aufgestockt und vorrangig bei uns eingesetzt.
- Volkseigene Wohnungen sollen vorrangig und günstig an die Mieter verkauft werden.
- Wer ein Haus baut oder eine Wohnung kauft, kann acht Jahre lang jährlich bis zu 16.500 DM von der Steuer absetzen. Für jedes Kind können zusätzlich 1.000 DM von der Steuer abgesetzt werden.
- Seit Januar 1991 hilft der Staat einkommenschwachen Haushalten mit einem Mietzuschuß, dem sogenannten Wohngeld. Ab Oktober 1991 wird es bei uns ein zusätzliches Wohngeld geben, um die Mietanpassungen sozial abzufedern.

Der Kurs stimmt. Wir schaffen den Aufschwung.



Die Weichen sind gestellt: Wirtschaftliche Talsohle wird 1991 durchschritten

Die Wirtschaft befindet sich bei uns noch voll im Umbruch. Der Übergang von 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft bringt Probleme mit sich; niemand konnte anderes erwarten.

Positive Anzeichen

Doch es gibt bereits Anzeichen für eine Verbesserung:

- 230.000 Gewerbeanmeldungen 1990.
- Jedes zweite westdeutsche Unternehmen plant Investitionen für 1991; insgesamt sollen rund 22 Milliarden DM investiert werden.
- 124.000 Arbeitnehmer nehmen bereits an Qualifizierungsmaßnahmen teil.

Die Experten erwarten, daß die wirtschaftliche Talsohle Mitte 1991 durchschritten wird. Danach soll es zu kräftigen Produktionssteigerungen kommen.

Steuersenkung schafft Arbeitsplätze

Die CDU setzt weiter auf die Förderung von Eigeninitiative, Selbständigkeit und Unternehmungsgeist. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen folgendes durchgesetzt:

- Zur besonderen Förderung von Investitionen und Arbeitsplätzen werden die Steuern gesenkt: Auf die Erhebung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer wird verzichtet; zusätzlich wird bei der Lohn- und Einkommensteuer ein besonderer Freibetrag von 600 DM für Ledige bzw. 1.200 DM für Verheiratete eingeführt.

Mittelstand gestärkt

- Die Existenzgründung wird verstärkt gefördert. Geplant sind u. a. Hilfen beim Schuldendienst und günstige Kreditkonditionen.

Qualifizierung ausgebaut

- Die Qualifizierungsoffensive wird weiter verstärkt. Im Jahresdurchschnitt 1991 sollen rund 350.000 Arbeitnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung, Umschulung oder Einarbeitung teilnehmen.
- Die besondere Kurzarbeiterregelung bei uns wird bis Ende 1991 verlängert. Das hilft den Betrieben und verhindert Arbeitslosigkeit.
- Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in diesem Jahr rund 2,7 Milliarden DM bereitgestellt. Für 130.000 Arbeitslose sollen so neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir schaffen den Aufschwung

Erhebliche Verbesserungen für Frauen und Familien

Die Koalitionsvereinbarungen bringen für Frauen und Familien in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Berlin erhebliche Verbesserungen. Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft, in der Eltern ihre Kinder möglichst ohne wesentliche berufliche und finanzielle Nachteile großziehen können. Unser Ziel ist es, daß jede Frau, wenn sie es wünscht, in der Lage ist, ihre Familienpflichten mit einer Berufstätigkeit zu verbinden.

Die CDU hat in den Koalitionsvereinbarungen folgendes durchgesetzt:

- Der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie wird ab 1. Januar 1992 auf drei Jahre ausgeweitet.
- Das Erziehungsgeld von monatlich 600 DM wird künftig für alle Kinder, die nach dem 31. Dezember 1992 geboren werden, bis zu zwei Jahre lang gezahlt.
- Ab 1. Januar 1992 wird das Kindergeld für das erste Kind auf 70 DM erhöht. Bereits 1991 werden bei uns 65 DM monatlich gezahlt — das sind 15 DM mehr als in den westlichen Bundesländern.
- Zur Pflege kranker Kinder können künftig berufstätige Eltern jeweils 10 Tage von der Arbeit freigestellt werden, Alleinerziehende sogar 20 Tage. Dabei wird die Altersgrenze des Kindes, bis zu der ein solcher Anspruch besteht, von 8 auf 12 Jahre heraufgesetzt.
- Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahre soll bundesweit durchgesetzt werden.
- Um Frauen nach einer längeren Familienphase den Wiedereinstieg in den Beruf auch künftig zu erleichtern, wird das Sonderprogramm „Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase“ verlängert; ein spezielles Sonderprogramm zur Berufsrückkehr gibt es für Frauen in Pflegeberufen.
- Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird weiter verbessert. Wir wollen die Frauenförderung und die Kompetenzen der Frauenbeauftragten in den Bundesbehörden gesetzlich regeln und die Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst verbessern.

Diese Maßnahmen erleichtern die Lebenssituation von Familien mit Kindern und Frauen nachhaltig.

CDU: Partei für Frauen und Familien

CDU: Garant für sichere und steigende Renten

Jeder kann sich darauf verlassen: Die Renten werden Monat für Monat gezahlt; sie steigen jedes Jahr weiter wie die Löhne. Sie wurden bereits im Januar 1991 um 15 Prozent angehoben; im Juli steigen sie nochmals.

Die CDU hat in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, daß auch bei uns zum 1. Januar 1992 das Rentenreformgesetz eingeführt wird. In ganz Deutschland gilt dann ein einheitliches Rentenrecht.

Für uns heißt das:

- In den meisten Fällen werden die Renten deutlich höher liegen als bisher. Das gilt insbesondere für die Hinterbliebenenversorgung. Männer und Frauen erhalten nach dem Tod des Ehepartners eine Hinterbliebenenrente in Höhe von 60 Prozent der Rente des bzw. der Verstorbenen.
- Niemand wird schlechter als vorher gestellt. Das garantieren Übergangsregelungen, die bereits der Einigungsvertrag vorsieht.
- Eine Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente wird eingeführt, die die Menschen finanziell absichert in Fällen, in denen sie wegen Krankheit oder eines Unfalls nicht mehr oder nicht mehr voll erwerbstätig sein können.
- Ab 1992 werden für Kinder, die nach dem 31. 12. 1991 geboren werden, drei Erziehungsjahre als rentensteigernd anerkannt. Das fördert die eigenständige Altersversorgung auch von nichtberufstätigen Frauen, die sich für die Familie und die Kindererziehung entschieden haben.
- Die Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen wird künftig bei der Berechnung der Rente berücksichtigt.
- 1992 kann jeder auch vorzeitig eine Teilrente in Anspruch nehmen, der die Voraussetzungen für eine volle Altersrente erfüllt hat. Dadurch wird der einzelne in seiner persönlichen Lebensplanung flexibler: Er bestimmt, ab wann er seine volle Altersrente bezieht und wie er seine Erwerbstätigkeit einschränkt, ob er weiter voll, zwei Drittel, die Hälfte oder ein Drittel arbeiten will.

Die Rentner haben Anspruch auf Sicherheit und Geborgenheit im Alter

Bessere Wohnungen, umfassender Mieterschutz

Eine ausreichende und kostengünstige Wohnungsversorgung ist eine Voraussetzung für den sozialen Frieden und deshalb Ziel unserer Wohnungspolitik. In den nächsten vier Jahren werden wir neue Wohnungen schaffen, Altbauten rekonstruieren, volkseigene Wohnungen privatisieren, die Mieter schützen und das private Wohneigentum fördern.

Die CDU hat in den Koalitionsvereinbarungen folgendes durchgesetzt:

Neue, bessere Wohnungen

- 1991 werden allein für den sozialen Wohnungsbau 2,3 Milliarden DM bereitgestellt; ein großer Teil davon ist für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen vorgesehen.
- Für den Erhalt und die Verschönerung unserer Städte und Dörfer werden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.
- Die durch den Abzug der sowjetischen Soldaten freiwerdenden Grundstücke und Gebäude werden vorrangig für den Wohnungsbau genutzt.

Daß eine moderne, gut ausgestattete Wohnung mehr kosten muß als ein verfallener Altbau ohne jeglichen Komfort, versteht sich von selbst. Wohnungen werden nur gebaut oder renoviert, wenn sich Investitionen lohnen. Und dazu ist es erforderlich, daß die jetzigen Mieten schrittweise angepaßt werden.

- Ab April 1991 können die Betriebskosten (z. B. für Müllabfuhr und Abwasser, nicht aber für Heizung und Warmwasser) auf die Mieter umgelegt werden. Ab Oktober 1991 können auch Heizungs- und Warmwasserkosten umgelegt werden. Außerdem werden dann die Kaltmieten unter Berücksichtigung der jeweiligen Wohnqualität — um durchschnittlich 1 DM/qm angehoben.

Wichtig: Kein Mieter wird überfordert.

- Seit Januar 1991 hilft der Staat einkommensschwachen Haushalten mit einem Mietzuschuß, dem sogenannten Wohngeld.
- Ab Oktober 1991 wird es bei uns ein zusätzliches Wohngeld geben, um die Mietanpassungen sozial abzufedern.

- Im übrigen bietet das Mietrecht Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen und willkürlichen Kündigungen: Die Kündigung zum Zweck der Mieterhöhung ist ausgeschlossen. Der Übergang der Wohnung auf einen neuen Eigentümer ist ebenfalls kein Kündigungsgrund.

Der Einigungsvertrag sieht einen zusätzlichen Kündigungsschutz vor: Kündigungen wegen Eigenbedarf des Vermieters sind grundsätzlich erst ab 1993 zulässig. Die Kündigung wegen besserer wirtschaftlicher Verwertung ist ausgeschlossen.

Wohneigentumsbildung wird gefördert

- Volkseigene Wohnungen sollen vorrangig und günstig an die Mieter verkauft werden.
- Wer ein Haus baut oder eine Wohnung kauft, kann acht Jahre lang jährlich bis zu 16.500 DM von der Steuer absetzen. Für jedes Kind können zusätzlich 1.000 DM von der Steuer abgesetzt werden.

Wir schaffen Wohnungen und schützen die Mieter